

# Die Katze im Sack

**Was passiert am Flughafen?**

Heute beschloss der Stadtrat die Aufstellung eines Bebauungsplans für ein Areal am Flughafen und den dazu nötigen Kauf der dortigen Flächen. 9 Millionen Euro für Ackerland und ein Landschaftsschutzgebiet. Pikant: Bis heute ist keinem Stadtrat und keiner Stadträtin und kaum jemandem in der Verwaltung bekannt, wer am Flughafen angesiedelt werden soll. Da gab es Andeutungen von Verwaltungsmitarbeitern, der Oberbürgermeister sei nicht umsonst so oft in letzter Zeit in St. Petersburg. Mittlerweile raunt man, sei der russische Großinvestor abgesprungen, man buhle um einen Bosch-Zulieferer. Derweil warnt ein Naturschutzgutachten des NaBu vor den gravierenden Eingriffen in das dortige Areal. Was ist hier geplant? Nutzt man nach dem Absprung russischer Interessenten die Ahnungslosigkeit aller

Beteiligten, um einem Zulieferbetrieb das Feld im Landschaftsschutzgebiet zu bereiten - für einen Betrieb, den man unter normalen Umständen an jeden anderen Standort in der Stadt unterbringen würde, nur nicht hier? Bei so viel Unklarheit hat DIE LINKE heute durchgesetzt, zumindest ein Entwicklungsziel des Areals auszuschließen: die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen und anderen Kriegsprofiteuren. **Tilo Wirtz:** "Es ist einer demokratischen und offenen Gesellschaft einfach unwürdig, den Stadtrat so im Unklaren zu lassen. Wir haben hier die Befürchtung, dass man uns über den Tisch ziehen will, und wollen wenigstens sicher gehen, dass die schlimmstmögliche Nutzung verhindert wird."



## Aufwachsen in sozialer Verantwortung

Der Stadtrat hat heute einem gemeinsamen Antrag von LINKEN, Grünen und SPD zugestimmt, das Handlungsprogramm "Aufwachsen in sozialer Verantwortung" auf ausgewählte Horte und Grundschulen zu erweitern, in denen die Zusammensetzung der Schülerschaft einen besonderen pädagogischen Bedarf mit sich bringt. Dies bedeutet für die entsprechenden Einrichtungen unter anderem eine stärkere personelle Unterstützung. **Anja Apel:** "Im Hort, wo Kinder zusammen lernen und spielen und bei ihren Hausaufgaben betreut werden, können wir die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher unterstützen und damit auch den individuellen Lernbedürfnissen von Schülerinnen und Schülern unter schwierigeren Lernbedingungen Rechnung tragen. Dafür wollen wir genügend Fachpersonal bereitstellen."

## Förderung sozialer Projekte

Rot-Grün-Rot hat im Haushalt zwei Millionen Euro für soziale Projekte zur Verfügung gestellt. Auf Antrag von SPD und LINKEN entschied sich der Stadtrat heute für die Förderung von Familienhebammen mit 50.000 Euro, der Kinder- und Jugendzahnklinik mit 205.000 Euro sowie einer sozialtherapeutischen Wohnstätte mit 200.000 Euro. **Pia Barkow:** "Familienhebammen begleiten Familien vor allem in schwierigen sozialen Situationen. Sie werden dringend benötigt. Auch die Pflege der Zahngesundheit für alle Kinder ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit. In einer wachsenden Stadt braucht die Kinder- und Jugendzahnklinik eine angemessene personelle Ausstattung. Und: eine sozialtherapeutische Wohnstätte wird seit Jahren von vielen Fachleuten gefordert. Sozialtherapeutische Wohnstätten bilden eine wichtige Säule zur bestmöglichen Betreuung von Menschen mit psychischen Erkrankungen."

## Eine Frage sozialer <sup>Kita-</sup>Beiträge Gerechtigkeit

Manche Dinge sind erst auf dem zweiten Blick verständlich - wie zum Beispiel die jährliche Erhöhung der Kita-Gebühren, die nicht zuletzt höhere Löhne und eine bessere Personalausstattung auffangen. Diesen zweiten Blick hat sich die AfD-Fraktion wieder einmal verkniffen, um mit einem populistischen Antrag um die Ecke zu kommen, die Gebühren nicht zu erhöhen. **Tilo Kießling:** "Der von der AfD vorgeschlagene Weg benachteiligt Bedürftige und bringt für Familien an kaum einer Stelle etwas. Die, die aus sozialen Gründen von den Kita-Beiträgen befreit sind, spüren eine Reduktion der Kita-Beiträge nicht - Ihnen hilft der AfD-Antrag also auch nicht. Für alle anderen aber bedeutet er weniger Mittel für die Stadt insgesamt, die entweder für die Kita-Qualität fehlen oder für andere Leistungen der öffentlichen Hand."